Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 28 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 56. **Montag** den 25. Februar 1889. **83. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier

Dienstag, den 26. Februar a. c.,
Vormittags von 9 Uhr an

eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten und dergl. mehr meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 21. Februar 1889.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Jumahühnel.

Versteigerung zweier Bauplätze in der Südvorstadt.

Die **2** nach der Stadtgemeinde gehörigen **Bauplätze** des Parcellirungsplanes für das zwischen der Koch- und Südstraße und der nördlichen Fluchtlinie der **Kronprinzstraße** gelegene Bauareal, nämlich

Nr. 5 an der **Kronprinzstraße** von 637,67 qm,
Nr. 6 **Kochstraße** 695,89

Flächengehalt, sollen **zum Verkaufe versteigert** werden und beraumen wir hierzu auf

Mittwoch, den 27. dieses Monats,
Vormittags 11 Uhr,
im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 1, 2. Etage, Versteigerungstermin an.

Dieser wird pünctlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung bezüglich eines jeden der einzeln nach einander ausgebotenen beiden Bauplätze geschlossen werden, wenn darauf nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen und der Parcellirungsplan liegen auf dem Rathhaussaale, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus, woselbst auch in der Sportelcasse I, Zimmer Nr. 5, Exemplare davon für 1 ₰ abgegeben werden.

Leipzig, den 8. Februar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 698. 709. Dr. Georgi. Cerutti.

Höhere Schule für Mädchen.

Aufnahmeprüfung
Donnerstag, den 28. Februar, morgens 8 Uhr.
Leipzig, den 22. Februar 1889.

Dr. W. Nildeke.

Leipzig, 25. Februar.

* Ueber den Tag des **Wiederbeginnens der Reichstagssitzungen** ist noch keine definitive Entscheidung getroffen; von maßgebendem Einfluß dabei wird das Einbringen der Artillerievorlage sein. Als wahrscheinlich gilt der Wiederbeginn der Plenarsitzungen in den Tagen zwischen dem 8. und 12. März.

* **Aus Berlin, 23. Februar,** wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Zu dem gestrigen **parlamentarischen Essen beim Fürsten Bismarck** waren 41 Abgeordnete aus sämmtlichen Parteien des Landtages geladen. Der Fürst saß zwischen Freiherrn v. Heereman und Geh. Justizrath Dr. Oetker, die Fürstin zwischen den Herren v. Köller und v. Bendo. Die Gattin des Regierungspräsidenten Grafen Bismarck wurde von dem Quästor des Abgeordnetenhauses, Amtsgerichtsrath Frenzel, zu Tisch geführt. Im Uebrigen hatten die Abgeordneten die Plätze an der Tafel nach ihrem Lebensalter eingenommen, während an den Enden der Tafel die beiden Söhne des Fürsten und die beiden Räthe der Reichskanzlei, der Wirkl. Geh. Oberregierungsrath Dr. v. Rottenburg und der Legationsrath Dr. v. Schwarzkoppen, Platz genommen hatten. Nach Aufhebung der Tafel und nach dem Kaffee bildeten sich an den einzelnen Tischen verschiedene Kreise, zu denen der Fürst, der sehr gut aussah und in lebendester Stimmung war, hin- und herging; dann hatte er den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Köller und den Alterspräsidenten Reichensperger an seinen Tisch, während neben ihm auf dem Sopha Herr v. Schalscha Platz nahm und bald sich eine große Corona um den Fürsten bildete, bei der hauptsächlich in die Unterhaltung eingriffen die Abgeordneten Reichensperger, Freiherr v. Schorlemer Alst und Graf Douglas. Von Tagesfragen wurde, soweit wir hören, nur über die **Samoa-Angelegenheit** gesprochen, bei welcher der Fürst wiederholt betonte, daß er es für gänzlich ausgeschlossen halte, daß wegen dieser kleinen Angelegenheit irgendwie das freundschaftliche Verhältniß gestört werden könnte, das seit 100 Jahren Deutschland mit dem stammverwandten America verbindet. Bei der Entlegenheit der Inseln und ihren schlechten telegraphischen Verbindungen halte er es für sehr schwer, die Verantwortlichkeit für jeden einzelnen Schritt der Vertreter an Ort und Stelle zu übernehmen, aber der beste Wille sei auf beiden Seiten vorhanden und es sei kein Zweifel, daß die vorhandenen Handelsinteressen Deutschl gewahrt werden. Dabei kam die Unterhaltung auf das monarchische Princip, und der Fürst bemerkte, daß die geschichtliche Erfahrung u. a. auch bei der Kornblumensage bewiese, daß eine von volksthümlichen Strömungen abhängige Politik viel leichter engagirt werde als eine von einem Monarchen geleitete. Die letztere könne sich ungefährdet zurückziehen und sogar, wenn sie es nothwendig halte, einige Schritte rückwärts gehen, während ein gleiches für die erstere Politik vollständig ausgeschlossen sei. Selbst eine verlorene Schlacht brauche nicht die Sorgung des Monarchen zu erschüttern. Hieran knüpften sich längere Ausführungen über die Nützlichkeit einer monarchischen Regierung gegenüber der parlamentarischen; bei dieser verheile nur zu leicht die große Gabe einer glänzenden Beredsamkeit zum parlamentarischen Siege über Sachkenntniß und thatsächliche Verhältnisse. Es sei eine alte Erfahrung, daß, wer eine solche Beredsamkeit besitze, selten einen klaren Blick und ein richtiges nüchternes Urtheil für die wirklichen Verhältnisse habe. Dem gegenüber sei eine nüchterne, wenige, handfeste Natur, wie sie den verstorbenen Kaiser Wilhelm zum Segen des Vaterlandes ausgezeichnet habe, um so nachdrucksvoller und glücklicher wirksam. Auch eine Reihe sehr interessanter Erinnerungen aus dem Jahre 1848 wurden vom Fürsten wachgerufen, insbesondere bemerkte er, daß der Befehl zur Zurückziehung der Truppen, wie er sicher wisse, von Bodelschwingh veranlaßt worden sei. Bodelschwingh habe den Erlaß der Proclamation durchgesetzt und sei dann mit derselben zu General v. Prittwitz herausgegangen und habe diesen angesichts des Inhalts derselben zum Rückzuge veranlaßt. Erst als die letzten Bajonette über die Schloßbrücke abgezogen seien, habe der König Kenntniß von dem Rückzug erhalten. Prittwitz sei einige Tage darauf bei Bismarck gewesen und habe ihn gefragt, wie er sich in dieser Lage verhalten haben würde, und Bismarck habe geantwortet, man komme ja klüger vom Kartheuse zurück als man hingegangen sei, aber er würde an Stelle des Herrn v. Prittwitz sicherlich einem Unterofficier befohlen haben, den Civilisten (Bodelschwingh) so lange in Verwahr zu nehmen, bis er seine militairischen Maßnahmen durchgeführt haben werde.

* Der officiösen „Wiener Politischen Correspondenz" wird aus Berlin, 21. Februar, geschrieben:

Die beiden Thronwechsel im vergangenen Jahre sind Ereignisse von so großer Bedeutung gewesen, daß man sich nicht wundern kann, wenn man noch jetzt immer in den Stimmungen und Strömungen des inneren politischen Lebens Zuckungen wahrnimmt, welche sich in letzter Linie auf jene zurückführen lassen. Sie haben allenthalben Hoffnungen oder Befürchtungen, Speculationen und Enttäuschungen wachgerufen, und auch jetzt ist die durch jene Erschütterungen aufgeregte Meeresfluth des politischen Lebens noch immer nicht ganz ruhig und spiegelglatt. Aber im Grunde hat doch die politische Phantasie einzelner Federn das Meiste dazu beigetragen, um die Bewegungen und Strömungen, das Spiel und Gegenspiel der Parteien zu Actionen zu gestalten, die in Wirklichkeit nichts zu bedeuten haben, während allerdings die durch die Ereignisse des vorigen Jahres hervorgerufene politische Erregung den empfänglichen Boden bildete, auf welchem die Phantasien arbeiten und sich ergehen konnten. Die innere Politik geht thatsächlich seit der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. ihren ruhigen Gang fort, ohne daß von ernsten Kämpfen und Gegensätzen innerhalb der drei großen nationalen Parteien die Rede ist. Selbst die Landtags-Wahlbewegung war im Ganzen eine so ruhige, wie seit Langem nicht. Seit den Wahlen hat das Zusammengehen der drei großen nationalen Parteien im Reichstage wie im Landtage so wenig Störung erfahren, daß die Regierung in allen großen Aufgaben der Politik und Gesetzgebung auf die Unterstützung dieser mit Sicherheit rechnen kann. In den Parlamenten ist nichts hervorgetreten, was die phantasievollen Schilderungen von den Bestrebungen einzelner Theile der zur nationalen Majorität gehörenden Parteien irgendwie rechtfertigte und bestätigte. Gerade diese ruhige und normale Situation des politischen Lebens scheint ein nervöses Suchen nach Beziehungen, die angeblich „hinter den Coulissen" liegen sollen, gesteigert zu haben. Wir haben in Zeitungen und Broschüren von den Bestrebungen conservativer Kreise gelesen, den Fürsten Bismarck zu stützen; wir haben — gewissermaßen als Antwort hierauf — Kundgebungen von conservativer Seite vernommen, welche dem Fürsten Bismarck die Absicht, die conservative Partei zu sprengen, und einen Theil derselben von dem Gros abzudrängen, zuschrieben. Kürzlich wurde wieder den Nationalliberalen eine Speculation auf die Erbschaft des Kanzlers und demzufolge die Absicht einer reservirten Haltung gegenüber dem „rasch alternden" Reichskanzler zugeschrieben, und wiederum wurde die Auffassung verbreitet, daß den Nationalliberalen eine Verwarnung „von oben" ertheilt worden sei.

Alle diese Kundgebungen haben die Geister reichlich beschäftigt und das politische Interesse dieser oder jener Parteien gewissermaßen geregt. Aber das waren doch alles nur Phantasiegebilde, und gerade in den bestunterrichteten maßgebenden Kreisen war man nicht wenig erstaunt, Dinge als Thatsachen hingestellt und behandelt zu sehen, von denen man selbst nichts wahrgenommen. Denn ebenso wie die jüngst erwähnte Verwarnung der nationalliberalen nicht auf maßgebende Kreise zurückgeführt werden darf, so verhält es sich auch mit den anderen Darstellungen oder Vermuthungen über die Absichten der Regierung: es waren auf eigene Faust unternommene Vorstöße, welche schon mancherlei Verwirrung angerichtet haben, Vorstöße, welche einem bestimmten politischen Interesse dienen sollten, aber illegitim waren. Je weiter wir uns von den weltereignißtragenden Ereignissen des Vorjahres entfernen, desto mehr wird sich die geschäftige politische Phantasie beruhigen und desto weniger wird sie in den Gemüthern Empfänglichkeit finden. Die praktische parlamentarische Arbeit ist, wie gesagt, bisher vollständig davon unberührt geblieben. Die Aufgaben des Staatslebens und insbesondere der Social-Reform erfordern auch aber ein ernstes Zusammenfassen aller nationalen Parteien und gestatten keiner von diesen den Luxus der Verletzung Derer, welche zu gemeinsamem Wirken an diesen großen Aufgaben bereit sind, aber auch nicht den Luxus, das Interesse von diesen abzulenken auf pikante Klatscherein oder Enthüllungen, die nur den politischen Gaumen einiger Feinschmecker zu kitzeln im Stande sind.

* Zum Falle Geffcken schreiben die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten":

Durch die deutschfreisinnige Presse ging jüngst die Notiz, Herr Geffcken beabsichtige dies und jenes zu thun, unter Anderem auch gegen den Reichsanwalt Klagbar zu werden. Herr Geffcken selbst hat jetzt diese Nachricht dementirt.

Der Regierung kann es sicherlich nur erwünscht sein, daß die Geffcken-Angelegenheit urbi et orbi bekannt und zu diesem Zwecke in der Presse möglichst breit getreten werde; sie braucht das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen. Anders der Fortschritt; das Maß von Publicität, welches mit der constitutionellen Regierungsform verbunden zu sein pflegt, ist für die Herren Richter und Genossen unbequem; denn in Folge dessen wird die Welt gewahr, daß die Bestätigung dieser Herren doch im Grunde genommen darauf hinausläuft, schmutzige Wäsche zu waschen. Der Fortschritt kann, wie gewisse Pflanzen, nur gedeihen, wenn Luft und Licht ihm fern bleiben. Nach dem Grundsatz, daß alle Auflassung subjectiv ist, witterte der Fortschritt nun offenbar hinter der Geffckenangelegenheit ein Bubenstück, welches die Regierung verborgen halten müsse, und seine Presse hatte daher anfänglich wieder von dem Rufe nach Veröffentlichung des Actenmaterials. Als die Anklage gegen Geffcken demnächst wirklich zum publici wurde, sah der Fortschritt sich enttäuscht. Die Regierung stand makellos da; die Hoffnung, ihr irgend etwas am Zeuge flicken zu können, war getäuscht. Darauf focht man die Berechtigung zur Publication der Anklage an und begann damit eine zweite Theorie. Die Debatte, welche die Herren Richter und Manfel im Reichstage provocirten, hat nur zu Gunsten der Regierung gewirkt, denn sie erregte von Neuem das Interesse des Volkes an der Geffckenaffaire; man beschäftigte sich wiederum mit derselben, und der Regierung liegt eben nur daran, daß Alle klar in der Sache sehen.

Der Fortschritt versteht sein eigenes Interesse zu wenig, daß er auch heute noch immer wieder auf den Geffckenfall zurückkommt. Die Regierung kann ihm, wie gesagt, dafür nur dankbar sein; sie kann nur wünschen, daß Jedermann hinter den gelüfteten Schleier blicke; aber was ihr Nutzen bringt, muß den Fortschritt schädigen. Unsere Nächstenliebe gebietet uns, Herrn Richter und Genossen darauf aufmerksam zu machen.

* Anläßlich eines Specialfalles hat der preußische Cultusminister eine Königliche Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß den Drogisten die Bezeichnung als „Cand. pharm." auf den Straßenschildern durch die Ortspolizeibehörde untersagt werden kann, falls nach den örtlichen Verhältnissen die Möglichkeit vorliegt, daß dadurch Personen in den Glauben versetzt werden, die Handlung sei eine Apotheke und befasse sich mit der Zubereitung von Arzeneien.

* **Aus Weimar** wird uns berichtet:

Im Landtag des Großherzogthums kommt morgen die amtliche, wie ich bereits berichtete, in den Finanzausschuß verwiesene Vorlage, betreffend den Ankauf der alten Bibliothek der Stadtkirche zu Neustadt (Orla) zur zweiten Lesung. Es sind wenig Bände und verhältnißmäßig eine geringe Kaufsumme, um die es sich dabei handelt, aber trotzdem ist die Angelegenheit nicht so unwichtig, wie sich leicht aus den Mittheilungen der Vorlage darüber ergiebt. Danach ist die Bibliothek 73 Werke stark und nach dem Urtheil der Sachverständigen sehr werthvoll. Sie enthält eine große Anzahl werthvoller Drucke, von denen über 20 vor dem Jahre 1500 erschienen sind. Man wünscht recht sehr von Regierungsseiten wie in Neustadt selbst, daß dieser Schatz nicht außer Landes verkauft oder sonst antiquarisch zerstreut, sondern daß er einer der öffentlichen inländischen Bibliotheken erhalten werde. Gewährt ist die Bibliothek auf 2350 ℳ, die aus den Ueberschüssen der großherzoglichen Staatscasse zu zahlen sein würden. — Unter den Vorlagen, die dem Landtag bereits zugegangen sind beziehentlich noch zugehen werden und über deren Mehrzahl, um nicht zu breit zu werden, nur im Laufe des Referats über die Sitzungen selbst zu berichten ist, sei besonders noch der den Hauptvoranschlag der ordentlichen Staatseinnahmen und Staatsausgaben für die Finanzperiode der Jahre 1890 bis 1892, verbunden mit dem Hauptvoranschlage der außerordentlichen Staatseinnahmen und -Ausgaben dem Landtag zur demnächstigen Verhandlung bietenden hier gedacht. Aus dem betreffenden Ministerialdecret hebe ich in aller Kürze Folgendes hervor: Die Einnahmen sind mit 7 701 922 ℳ (955 378 ℳ mehr als im Voretat) eingestellt, die Ausgaben mit 7 670 295 ℳ (923 751 ℳ mehr als im Voretat), sodaß ein Ueberschuß von 31 627 ℳ verbleibt. Das Bild von der gegenwärtigen Finanzlage ist, wie schon die bei der Eröffnung des Landtages verlesene Propositionsschrift bekundete, ein erfreuliches. Von entscheidendem Einfluß sind die Ueberzahlungen aus der Reichscasse, welche unter Zugrundelegung des letztgestellten Berechtigungsetats für das Etatsjahr vom 1. April 1888/89 bei 1 895 433 ℳ Antheil des Großherzogthums an den Reichssteuern (765 388 ℳ mehr als im Voretat) unter Abzug von 1 391 565 ℳ Matrikularbeiträge (489 895 ℳ mehr als im Voretat) mit 503 868 ℳ einzustellen gewesen sind (275 493 ℳ mehr als im Voretat). Die Herauszahlungen aus der Reichscasse wurden von den Matrikularbeiträgen noch im Jahre 1881 um 49 672 ℳ überwiegen, betragen aber in den Jahren 1884. 85. 86. 87: 292 232, 289 084, 210 378 und 177 800 ℳ mehr als die Matrikularbeiträge. Die Landes-Einnahmen und -Ausgaben ohne Berücksichtigung der Ueberzahlungen aus der Reichscasse stellen sich auf 5 806 489 ℳ Einnahmen (249 100 mehr als im Voretat) und 6 278 730 ℳ Ausgaben (453 896 mehr als im Voretat); es ergiebt sich also ein Ueberstieg der Ausgaben um 472 241 ℳ (184 751 mehr als im Voretat), zu dessen Deckung jene Ueberzahlungen aus der Reichscasse zu dienen haben (503 868 ℳ). Von den Landes-Einnahmen hebt nun das betreffende Decret besonders hervor: Pachtgelder von den Kammergütern 575 000 ℳ (13 000 weniger als im Voretat; Rückgang an Pachtgebühren ist eingetreten bez. zu erwarten); von Forsten 1 270 000 ℳ (86 000 mehr als im Voretat); der Durchschnittserlös für den Festmeter betrug im Jahre 1885 7,25; 1886 7,49; 1887 7,57 ℳ); Kosten 708 800 (55 200 mehr als im Voretat); allgemeine directe Einkommensteuer 1 750 000 ℳ (80 000 mehr als im Voretat, in Folge der Vermehrung der Steuerpflichtigen und des Steigens des steuerpflichtigen Einkommens; die Zahl der Steuerpflichtigen betrug im Jahre 1884 121 943, 1888 125 469; das steuerpflichtige Einkommen stieg im selben Zeitraum von 81 434 080 auf 85 890 800 ℳ; für einen Steuerpflichtigen von 668 auf 684 ℳ). Es besteht bei der Staatsregierung die Absicht, bei Einbringung des Steuergesetzes für die Jahre 1890/92 dem Landtage die Verwilligung eines Steuererlasses vorzuschlagen, derzufolge, daß die bestehenden Steuersätze in allen 9 Steuerstufen um je 0,2 vom Hundert herabgesetzt und zur Deckung des hierdurch entstehenden Ausfalls, welcher sich für ein Jahr auf rund 187 000 ℳ, also für die Finanzperiode auf rund 561 000 ℳ berechnet, so weit nöthig, die Mittel des außerordentlichen Etats in Anspruch genommen werden". Mit Rücksicht auf die günstige Finanzlage können neben diesem Steuererlaß beträchtliche mittelbare Steuererleichterungen gewährt werden, namentlich durch Entlastung der Gemeinden hinsichtlich der Wegebaue, Heimaths- und Schullasten rc. Ueber die Verminderung der Schullasten ist bereits in erster Lesung gestern verhandelt worden, worüber noch berichtet wird; diese Schul-Vorlage ging an den Finanzausschuß, wie vorgenommenen hier bemerkt sei. Die Hauptvoranschlagungs-Vorlage bespricht dann weiterhin noch einige Ausgaben, Mehrausgaben, für Zuschüsse zu den Chausseebaukosten; Wegebauten; für durch das Heimathsgesetz verursachten Aufwand (152 600 ℳ), Unterstützungen; Wohlfahrtspflege; Zuschuß an die Culmcasse. Diese Mehrausgaben, welche sich zum Theil als mittelbare Steuererleichterungen darstellen, erreichen zusammen den Betrag von 374 289 ℳ — Der Hauptvoranschlag der außerordentlichen Staatseinnahmen und Ausgaben schließt in: „Ueberschüsse der Großherzogl. Hauptbaucasse bei Ausführung des Hauptvoranschlags abgelaufener Finanzperioden" mit einem Vorrathe von 721 718,74 ℳ ab. Mit Rücksicht auf den günstigen Stand des außerordentlichen Etats soll außer den schon erwähnten unmittelbaren und mittelbaren Steuererleichterungen und Förderung der Landeswohlfahrt durch außerordentliche Ausgaben auch eine außerordentliche Schuldentilgung vorgeschlagen werden.

* Ueber die durch den Tod des Grafen Görtz-Wrisberg nothwendig gewordenen Veränderungen im braunschweigischen Ministerium meldet das „Braunschweiger Tageblatt", daß zum Nachfolger des Grafen Görtz als Staatsminister und Vorsitzenden im Staatsministerium der Wirkl. Geh. Rath Dr. Otto und in das dadurch freiwerdende Amt des dritten stimmführenden Mitgliedes im Ministerium der j. S. auf die vierte Stelle berufene Ministerialrath Hartwieg einrücken wird. Der Wirkl. Geh. Rath Wirk wird, wie schon erwähnt, seinen Abschied nehmen; als sein Nachfolger ist der Reichsgerichtsrath Spieß in Leipzig in Aussicht genommen.

* * *

* Ein bündiges Telegramm meldet die Maßregelung der „Rigaschen Zeitung", des großen, über alle drei baltische Provinzen verbreiteten Blattes. Dadurch, daß ihm auf acht Monate die Inserate entzogen werden, soll es umgebracht werden! Das Telegramm sagt nicht, ob dies eine von Petersburg ausgegangene Verordnung oder eine Verfügung des Gouverneurs Sinowjew ist. Wahrscheinlich hat Sinowjew seinen Einfluß im Oberpreßcomité in Petersburg geltend gemacht, nachdem er gesehen, daß selbst die unerhörten Chicanen, mit welchen er die „Rigasche Zeitung" verfolgte, sie nicht bewegen konnte, in den ihm erwünschten Ton mit der niederträchtigen „Düna-Zeitung" des Herrn Pipers einzustimmen. Die „Rigasche Zeitung" erscheint unter Präventiv-Censur. Jede Zeile, die in ihr gedruckt wird, muß das Placet des Censors erhalten haben. Der Grund ihrer Maßregelung kann also nicht in dem liegen, was sie gesagt hat, sondern darin, daß sie bestimmte Dinge nicht sagt. Es bereiten sich eben ganz unerhörte Zustände in den Provinzen vor, und Rußland scheint alles Ernstes darauf hinzuarbeiten, den Rest von Achtung und Zuneigung zu untergraben, der trotz Allem sich dort noch erhalten hat. Geht es so fort, so wird wohl auch dieser Rest bald aufgezehrt sein, und die tabula rasa für russische Freiheit ist da.

* **Aus Christiania,** 18. Februar, wird gemeldet:

Das Marinebudget für das Jahr 1889/90 verlangt 2 091 000 Kronen, d. h. ungefähr 100 000 Kronen mehr als das letzte Storthing für die Seewehr bewilligt hatte. Die Erhöhungen kommen vorzüglich auf die Posten „Sehzüge und Uebungen" und „Marinematerial"; daß der Bau eines neuen Schiffes nicht gefordert wird, haben wir schon erwähnt. Der Plan zur Umordnung des Officierscorps der Flotte, welchen der Staatsminister, nachdem er 1884 das Marinedepartement zugleich mit übernommen, hatte ausarbeiten lassen, um bedeutende Einschränkungen in dem selben Officierscorps vorzunehmen, ist seitdem noch von keinem Storthing behandelt und jetzt nicht wieder vorgelegt worden. In dem Budget erklärt der Staatsminister, daß er denselben einer Durchsicht unterwerfen wolle, namentlich weil die Organisationsfrage zum Theil von der Lösung der Pensionsfrage abhänge, und hierfür erst das Finanzdepartement mit Vorschlägen zu veränderten Bestimmungen über die Pensionscasse einkommen müsse. Dabei deutet er an, daß er die früher vorgeschlagene Stärke des Officierscorps etwas vergrößern werde. Also auch hier Rückkehr zu dem Grundsatze der Erhaltung des Bestehenden.

* Die **Ausrüstung der Colonialtruppe** des Hauptmanns **Wißmann** wird im Allgemeinen ähnlich derjenigen der englischen Colonialtruppen sein. Soviel bis jetzt bekannt ist, besteht die Uniform für die Officiere und Proviantmeister aus einem blauen Serge-Anzuge, desgleichen zwei Kaschmir- und fünf weißbaumwollenen Anzügen. Der Rock hat Stehkragen, zwei Brust- und zwei Seitentaschen und ist sonst wie ein Jaquet gearbeitet. Die Knöpfe sind gewöhnliche gelbe Uniformknöpfe. An den beiden Aermeln sind die Rangabzeichen wie bei der kaiserlichen Marine angebracht. Der Compagnieführer hat je zwei, der Lieutenant je ein und der Proviantmeister, im Winkel, je ein schwarzweißrothes, etwa 1½ cm breites Band. Als Fußbekleidung dienen aus Naturleder gefertigte Schnürschuhe, desgleichen ein Paar Segeltuchschuhe. Außerdem muß jeder stets wollenes Unterzeug tragen. Als Kopfbedeckung dient der englische Korkhelm und das Fez. Die Bewaffnung ist für Officiere und Proviantmeister der gewöhnliche Cavalleriesäbel (jedoch tragen nur die ersteren das Portepée), Revolver und ev. Büchsen. Die Unterofficiere und Mannschaften erhalten Blousen, ähnlich denen der Marine, doch so, daß sie am Halse geschlossen sind. Das Abzeichen der Unterofficiere ist ein schwarzweißrothes Band am Oberarme. Die Bewaffnung besteht aus Seitengewehr, Jägerbüchse M. 71 und Revolver. Als Lager dienen für Officiere und Proviantmeister je zwei wollene und eine seidene Decke, ein Moskitonetz, eine Hängematte aus Segeltuch und ein Luftkissen. Ferner sind ein wasserdichter Sack nebst ebensolcher Lagerdecke und Regenüberwurf nöthig. Außerdem werden Feldstühle, Tische und Betten mitgenommen. Weitere Ausrüstungsgegenstände sind eine Signalpfeife, Feldflasche mit Filz und eine Sturmlaterne, desgleichen ein Paar Anschnallsporen, Compaß, Jagdmesser, lederne Umhängetasche. Die ganze Ausrüstung wird in zwei Blechkoffer verpackt, die durch Gummi-Einlage wasserdicht sind. Die Koffer sind etwa 1 m lang und ½ m hoch und sind genau so wie diejenigen der Engländer, die dieselben zu ihren Expeditionen bis jetzt stets mit Erfolg gebraucht haben.

Musik.

* **Leipzig, 25. Februar.** Aus dem Bureau des Stadttheaters schreibt man uns: Der starke Schneefall trägt die Schuld daran, daß ein erwarteter Gast, Fräulein Irene von Chavanne, welche heute die Ortrud im „Lohengrin" singen sollte, nicht eintrifft. Voraussichtliche Verkehrsstörungen, welche die Künstlerin, die am Dienstag Abend in Dresden beschäftigt ist, verhindern könnten, ihren dortigen Pflichten nachzukommen, sind der Grund des Nichtkommens. Da die Befürchtung vorlag, daß mit Rücksicht auf die gleiche Ursache aus weiter entlegenen Städten kein Ersatz zu beschaffen sein werde, so wandte sich die Direction an Frl. Goldsticker in Halle mit dem Ersuchen, heute hier die Ortrud zu singen. Frl. Goldsticker sagte sofort in liebenswürdigem Entgegenkommen zu.

* **Sarasate** wird heute Abend 7½ Uhr sein Concert in den Räumen des großen Centralhallen-Saales, dem wie immer, wenn der Künstler unsere Musikstadt besucht, ein äußerst zahlreicher Besuch in Aussicht steht.

* **Zwickau, 22. Februar.** Vor einigen Jahren wurde hier ein Verein zur Errichtung eines Denkmals für unser Stadtkind Robert Schumann (geb. hier 8. Juni 1810) gegründet. Wohl sind die Sammlungen hierfür zu einigen Tausend Mark angewachsen. Indessen würde es, wenn dem Vereine, wie es sein Zweck unstreitig verdient, nicht erhebliche pecuniäre Unterstützung als bisher zutheil wird, voraussichtlich nicht möglich sein, den Plan, bis zu Schumann's 100jährigem Geburtstag ein demselben würdiges Denkmal zu errichten, zu verwirklichen. Gelegentlich der Berathung des diesjährigen Haushaltplans ist daher auch der Rath des Stadtverordneten-Collegiums unter Hinweis darauf, wie es gewissermaßen Pflicht der Stadt sei, daß dieselbe für das ihrem größten Sohne zugedachte Denkmal in werkthätigster Weise sich betheilige, und zwar das umsomehr, als die bis jetzt zu vermuthen gewesene Opferwilligkeit Zweckaus auf das am Boden für den beregten Zweck angerufene Ausland gewiß keinen günstigen Eindruck machte, der Antrag gestellt worden, dem Rathe zur Erwägung anheim zu geben, ob und auf welche Weise — einmalige oder fortgesetzte Unterstützung des Denkmalfonds — die beantragte Förderung zu gewähren sei. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und es steht zu hoffen, daß der Rath einen der kräftigen Unterstützung des patriotischen Unternehmens entgegenkommenden Beschluß faßt.

–l– **Altenburg, 22. Februar.** Die 17. Musikaufführung des unter der Leitung des Concertsängers Herrn Rich. Meyer stehenden gemischten Chorvereins „Orphelia", welche gestern im Kaisersaale des „Goldenen Pflug" stattfand, legte abermals Zeugniß von dem Eifer ab, mit welchem Dirigent, Sänger und Sängerinnen die edle Sangeskunst pflegen. Zwei Chöre aus dem Oratorium „Huß" von C. Löwe eröffneten das Concert, das ein an Abwechslung reiches Programm aufwies. Im Mittelpuncte desselben stand die Märchendichtung „Dornröschen" von L. Reinecke und „Schön Ellen". Sämmtliche Solopartien lagen in den Händen der Vereinsmitgliedern und kamen gut zur Geltung, so daß Allen reicher Beifall wurde. Die Chöre waren auch diesmal von gewohnter Frische, besonders sprach jedoch der Männerchor „Bist du im Wald gewandelt" aus „Der Rose Pilgerfahrt" an, was zur Ehre der verhältnißmäßig kleinen, aber wackeren Sängerschaar hervorgehoben sein soll. Herrn Volkstädt's Lieder „Am Meer" von Schubert und „Am Rhein beim Wein" von Fr. Ries lagen seiner Baryton-Stimme sehr gut und fanden verdienten Beifall. Zwischen den Gesängen brachte Frl. Bläßig das Clavierconcert G-moll mit Quintettbegleitung von Mendelssohn-Bartholdy zum Vortrag. Durch die gelungene Wiedergabe seitens der Spielerin und das treffliche Zusammenspiel der Mitglieder der Regimentscapelle wurde dieses Tonwerk den Zuhörern ein besonderer musikalischer Genuß. Dasselbe gilt von dem Adagio und Rondo aus dem Violinconcert von L. Spohr, gespielt von einem etwa 14jährigen Schüler des Herrn Concertmeister Welcker, dessen Leistungen ein außergewöhnliches Talent und geradezu virtuose Ausführungsgabe verrathen und in allen musikalischen Kreisen Aufsehen erregen, so daß wohl gestattet ist, über diesen „Wunderknaben", der nach seiner Confirmation das Conservatorium zu Leipzig besuchen soll, die Leser des „Leipziger Tageblattes" in einer demnächst folgenden Mittheilung ein wenig zu unterrichten.

* Ueber die am Leipziger königl. Conservatorium ausgebildete junge Harfenvirtuosin Fräulein Lina Roscher, welche sich zur Zeit auf einer größeren Concerttournée befindet und in den Städten Danzig, Luxemburg, Baden-Baden, Coburg rc. rc. außergewöhnlichen Beifall fand, schreibt die „Straßburger P. P.": „In-